



**Abgehängt**

Rot-Rot-Grün vernachlässigt den ländlichen Raum



Seite 3

**Abgelehnt**

Zehn gute Ideen für Thüringen, die Rot-Rot-Grün abgelehnt hat



Seite 4

**Abgeholzt**

Die Energiewende bedroht die Zukunft unserer Wälder



Seite 8



### Regierung im Wartestand

➔ „Opposition ist Mist.“ Dieser Satz des früheren SPD-Bundesvorsitzenden Franz Müntefering fehlt in keiner politischen Zitate-Sammlung. Das ist so, weil er stimmt. Und dennoch, die Opposition hat eine für die Demokratie unverzichtbare Aufgabe: der Regierung auf die Finger zu schauen und notfalls auch zu klopfen – und aufzuzeigen, wie es anders oder besser gehen könnte, denn Gestaltungsmacht hat nur die jeweilige Mehrheit. In der zu Ende gehenden Wahlperiode wurde der CDU die Rolle der Opposition zugewiesen. Über unsere Arbeit informieren wir Sie in der „DruckSache“ wie zuvor schon in unserem „Fraktionskurier“ regelmäßig. Wir haben an vielen Beispielen gezeigt, warum Rot-Rot-Grün Thüringen in die falsche Richtung entwickelt, wichtige Aufgaben wie die Unterrichtsversorgung nicht in den Griff bekommt, aber umso starrer diverse ideologische Projekte betreibt. Mehr statt weniger Bürokratie ist ein ärgerliches Nebenprodukt. Einige dieser Themen haben wir in dieser Ausgabe der „DruckSache“ noch einmal aufgegriffen. Doch Kritik ist die eine Seite, bessere Alternativen sind die andere Seite des Oppositionsgeschäfts. Ein Auswahl rufen wir auf den Mittelseiten dieser „DruckSache“ in Erinnerung: Zehn Ideen für Thüringen, die wir entwickelt haben und die Rot-Rot-Grün abgelehnt hat. Wir sind davon überzeugt, dass unser Land so besser vorangekommen wäre. Für die sprichwörtliche „Tonne“ sind diese Vorhaben dennoch nicht. Denn jede parlamentarische Opposition ist zugleich Regierung im Wartestand und will ihre Ideen mit neuen Mehrheiten umzusetzen. Doch zunächst haben Sie das Wort. Bei den Wahlen zum 7. Thüringer Landtag, Bitte gehen Sie wählen.



## Der Lehrermangel gefährdet den Schulerfolg

### Jede Woche und in jeder Klasse fallen zwei Unterrichtsstunden aus



#### Die Schulreform ist ein Schulschließungsprogramm

Christian Tischner, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Der Unterrichtsausfall an Thüringens Schulen hat sich zugespitzt. Jeder Schüler erhielt pro Woche durchschnittlich zwei Stunden weniger Unterricht als ihm laut Lehrplan zustehen. Und so werde es wohl auch weitergehen, zeigt sich der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner, überzeugt. „Die Kultusverwaltung hat auch in diesem Jahr wieder viel zu spät mit den Einstellungen angefangen. Viele Bewerber wissen immer noch nicht, ob sie in Thüringen ihre Lehrerstelle bekommen und nehmen daher Angebote in anderen Bundesländern an.“ So blieben gerade in den Mangelfächern Stellen monatelang unbesetzt – während an den Schulen weiter der Unterricht ausfällt. In über 600 Klassen konnte in wenigstens einem Fach nicht einmal eine Zeugnisnote vergeben werden. „Einstellungen müssen früher beginnen und schneller bearbeitet werden“, fordert Tischner. Auch müsse das Land mehr Lehrer an den Universitäten ausbilden. Stattdessen verfolgte das Kultusministerium Pläne für

eine Schulreform, die vorsah, den Lehrermangel durch massive Schulschließungen – vor allem auf dem Land – zu bekämpfen. Massive Proteste von CDU-Landtagsfraktion, Eltern- und Lehrerverbänden stoppten den Plan. „Dieses Schulschließungsprogramm verhindert zu haben, ist zusammen mit dem Erhalt der Klassenfahrten zu Beginn der Legislaturperiode der größte Erfolg der CDU-Landtagsfraktion in der Bildungspolitik während der vergangenen fünf Jahre“, bilanziert Tischner. Von Anfang an hatte die Union bezweifelt, dass Schulschließungen den Lehrermangel werde eindämmen können. Auch die Inklusionsstrategie des Landes wirkt wenig ausgereift. Zwar will Rot-Rot-Grün die Integration für Schüler mit Handicaps in den Unterricht an Grund-, Regelschulen und Gymnasien vorantreiben. Förderschulen sollen dafür aber weitgehend aufgegeben werden. Doch das erfordert einen hohen Aufwand zur individuellen Förderung der behinderten Schüler. Der Lehrermangel stehe dem entgegen, kritisiert Tischner. „Das Schulgesetz treibt die Inklusion auf Kosten von Förderschulen und Regelschulen voran. Das belastet enorm und schmälert die Chancen auf den Schulerfolg aller Schüler.“



# Aus der Fraktion



## Rot-rot-grüne Ausgabenrekorde

Die rot-rot-grüne Koalition hat den Etat für 2020 verabschiedet und die Ausgaben schon wieder auf Rekordhöhe gesteigert. Denn die Landesregierung plant mit Geldern in Höhe von 11,1 Milliarden Euro – und damit zwei Milliarden Euro mehr als die letzte CDU-geführte Landesregierung vor fünf Jahren. Etwa 700 Millionen Euro werden dafür aus der Rücklage des Freistaats entnommen. CDU-Finanzexperte Maik Kowalleck bezeichnete das Vorhaben angesichts einer sich eintrübenden Konjunktur als „gefährlich“. Er verwies auf mögliche, geringere Steuereinnahmen in den kommenden Jahren. Das Geld werde in der Zukunft fehlen.



## Ohrdrüfer Wölfe sind Problemtiere

Die CDU-Landtagsfraktion fordert von der Landesregierung eine Abschlussgenehmigung für die Ohrdrüfer Wölfe. „Es handelt sich eindeutig um Problemwölfe“, erklärte der CDU-Agrarexperte Marcus Malsch. Die Wölfin hat bereits zum zweiten Mal Mischlingsnachwuchs bekommen. Neben dem Paarungsverhalten stellt die artuntypische Jagdstrategie des Muttertiers eine Bedrohung nicht nur für die Landwirtschaft in der Umgebung dar. Sie ermöglicht es ihr, selbst als sicher geltende Wolfszäune zu überwinden. Diese Jagdtechnik gebe die Wölfin an ihren Nachwuchs weiter, so Malsch. Mehrere hundert Risse gehen inzwischen auf ihr Konto.



## Politik darf Polizei nicht in den Rücken fallen

Ehemalige Weggefährten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sind weiterhin in der rechten Szene Thüringens aktiv. Das antwortete die Landesregierung unlängst dem CDU-Innenexperten Raymond Walk. Um wie viele Personen es

sich handelt, konnte allerdings nicht mitgeteilt werden. Walk kritisiert jedenfalls seit Jahren schon, dass Rot-Rot-Grün nur in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen das Thema NSU aufzuarbeiten versucht. „Mehr Personal für den

stark unterbesetzten Verfassungsschutz lehnt die Linksfraktion dagegen strikt ab“, so Walk. Wie er vermutet, verweigert die Linke das mit Blick auf Teile der eigenen, nicht immer fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Klientel. Selbst Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer wünschte sich bereits öffentlich eine neue Regierung, damit seine Behörde wieder zur vollen Arbeitsfähigkeit zurückkehren kann.

Nicht allein angesichts des Anstiegs der politisch-motivierten Straftaten im Land hält Wolfgang Fiedler, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, „für verantwortungslos, wenn Rot-Rot-Grün der Polizei immer wieder Instrumente zur Aufklärung von Straftaten vorenthält“. Hier nennt er den Widerstand gegen die Einführung von die Polizisten schützenden Schulterkameras (BodyCams) oder die Weigerung, die Möglichkeiten der DNA-Analyse voll auszuschöpfen.

Stattdessen wird die Polizei von linken Politikern immer mal wieder verächtlich gemacht. So hatten die Fraktionschefs von Linke, Grüne und SPD mit einem Bildmotiv geworben, in das die Losung ACAB hineinmontiert worden war. ACAB steht für „All cops are bastards“, also „Alle Polizisten sind Bastarde.“ Ministerpräsident Bodo Ramelow witzelte via Twitter über diese Beleidigung, die mehrfach geforderte Entschuldigung blieb aus. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft in Thüringen kritisiert: „In Kreisen der Linkspartei scheint sich ein regelrechter Hass gegen die Polizei manifestiert zu haben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen, und es erklärt manches.





# Ländlichen Raum stärken



© Peter Eckert iStockphoto

Ungleich verteilt: Datenautobahn und Busverkehr finden sich nur in den Ballungsräumen

Unser Ziel muss es sein, in ganz Thüringen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen

## Die Städte werden gefördert, der ländliche Raum blutet aus

Bis zur A4 und der A71 sind es jeweils nur wenige Minuten. Doch die Auffahrt zur Datenautobahn liegt für Holzhausen im Ilmkreis noch Jahre entfernt. Gerade einmal 6 mbit pro Sekunde liegen an den alten Kupferkabeln an. „Schnelles Internet“ gehörte während der zurückliegenden Kommunalwahl dann auch zu den Forderungen nahezu aller Kandidaten im Amt Wachsenburg. Doch der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Thüringen ist auch anderenorts ins Stocken geraten. So ist im vergangenen Jahr ein Großteil des für den Ausbau des schnellen Internets in Thüringen vorgesehenen Geldes liegen geblieben. Von 20 Millionen Euro, die 2018 im Haushalt des Wirtschaftsministeriums vorgesehen waren, sei nur ein Betrag von etwa 200 000 Euro tatsächlich abgerufen worden, kritisiert der CDU-Abgeordnete Mario Voigt. „An jeder Milchkanne in den anderen Bundesländern gibt es mehr 5G-Funkstandard und mehr Digitalisierung als bei uns in Thüringen. Mit der aktuellen Politik von Rot-Rot-Grün verliert Thüringen weiter an Boden bei der digitalen Transformation“, so Voigt. Das Land

müsse schneller ausschreiben und die Leistungen dann auch schneller vergeben. Die Verfügbarkeit von schnellem Internet ist längst zum Symbol für die Probleme des ländlichen Raums in Thüringen geworden. Während es in den Städten und Ballungsräumen in höchster Qualität ausgebaut worden ist, können auf vielen Dörfern während eines Downloads noch immer die Kaffeemaschinen angeworfen werden, um die Zeitspanne zu überbrücken, bis das Video oder das Dokument endlich vorliegt. Und nicht nur das: Hier auf dem Land sind auch die Ärzte rar geworden, die Handynetze löchrig (was auch das Meldeportal von [www.cdu-landtag.de/funklochmelder](http://www.cdu-landtag.de/funklochmelder) der CDU-Landtagsfraktion belegt), der Bus fährt selten und für Investitionen ist kein Geld da – gegen diese Probleme in abgehängten Regionen will die Bundesregierung in Zukunft stärker angehen. „Das Ziel ist, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrer Heimat zu leben“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in Berlin bei der Vorstellung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

In der Ramelow-Regierung hat sich diese Haltung bis heute nicht durchgesetzt. „Wir haben etwa schon vor Jahren gefordert, die Anbieter beim Netzausbau stärker zu unterstützen, wo es sich für die Mobilfunkbetreiber nicht rechnet“, sagt etwa der Ilmenauer Abgeordnete Andreas Bühl. Und CDU-Fraktionschef Mike Mohring hat daher auf der jüngsten CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz aller Bundesländer und dem Bund durchgeboxt, dass Ostdeutschland bei der Vergabe der Modellregionen für den ultraschnellen Mobilfunkstandard G5 angemessen berücksichtigt wird. Mohring hofft natürlich auf Thüringen. Doch auch in der analogen Welt sind die ländlichen Räume Thüringens in den vergangenen, rot-rotgrünen Jahren massiv abgehängt worden. Beispiel Nahverkehr: Im Ilmkreis gab die rot-rot-grüne Kreistagsmehrheit in diesem Jahr den Busverkehr wieder in die Hände des Landkreises. Seitdem sind die Tickets teurer geworden und einzelne Orte vom Nahverkehrsnetz regelrecht abgekoppelt. Der Bahnhof der Wintersportstadt Oberhof wurde 2014 trotz lokaler Proteste geschlossen, Ebenso Teile der Pfefferminzbahn in den Landkreisen Sömmerda und dem Weimarer Land. Und nun fordern rote und grüne Politiker auch noch eine zusätzliche CO<sub>2</sub>-Steuer, die das Pendeln vom Land in die Städte zusätzlich verteuern würde.

Mohring fürchtet, dass die Menschen im überwiegend ländlichen Thüringen einen überdurchschnittlich hohen Preis für die Klimawende werden bezahlen müssen. Entlasten will die Union auch die kleineren Kommunen im Land. In den jüngsten Etatverhandlungen hatte die CDU-Fraktion den Kommunen im Freistaat eine deutliche Verbesserung ihrer Finanzausstattung in Aussicht gestellt. Zusätzliche 100 Millionen Euro aus Landesmitteln sollten für die Kommunen freigemacht werden. Diese sollen über die Schlüsselzuweisungen den Gemeinden und Landkreisen frei zur Verfügung stehen. „Wir sind der festen Überzeugung, dass über die Verwendung der Mittel am besten vor Ort entschieden werden kann“, machte Mohring die Position seiner Fraktion deutlich. Ziel der angestrebten Gesetzesänderung war es auch, die von der Linkskoalition gebeutelten kleinen Gemeinden in der Hauptansatzstaffel des kommunalen Finanzausgleichs wieder dauerhaft besserzustellen. „An einer umfassenden Reform des kommunalen Finanzausgleichs kommen wir nicht vorbei. Nur so können wir die in dieser Wahlperiode spürbaren Wirkungen der Reform von 2013 heilen“, sagte Mohring. Rot-Rot-Grün jedoch lehnte die Vorschläge rundheraus ab.

Von Matthias Thüsing



# Zehn Ideen für Thüringen

## 1. Mehr Geld für die Kommunen – Änderungsanträge zum Haushalt 2020 (Drs. 6/7357 und 6/7360)

Mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt 2020 wollte die CDU-Fraktion unter anderem die Kommunen besser ausstatten und mehr Schulden tilgen. Die Schlüsselmasse für die Kommunen sollte um 100 Millionen Euro aus Landesmitteln erhöht werden. Dabei handelt es sich um jene Gelder, über die Gemeinden und Städte frei verfügen können. 20 Millionen Euro wollte die Fraktion aus dem Landesausgleichsstock für ein Schulbauprogramm umschichten. Denn besser ausgestattete Kommunen werden nicht im gleichen Maße wie bisher auf Unterstützung aus dem Ausgleichsstock angewiesen sein. So sollten Spielräume für Investitionen im Bildungsbereich eröffnet werden. Weitere acht Millionen Euro waren für Änderungen im Kommunalen Finanzausgleich vorgesehen. Damit wollte die Union der Benachteiligung kleinerer Kommunen durch Rot-Rot-Grün entgegenwirken. Die geplante Schuldentilgung sollte auf insgesamt 100 Millionen Euro erhöht werden. Rund 140 Änderungsanträge stellte die CDU-Fraktion insgesamt zum Haushalt 2020 – die Linkskoalition lehnte alle ab.

## 2. Ländlichen Raum fördern und Familien stärken – Antrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen (Drs. 6/4547)

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen wollte die CDU-Fraktion im Herbst 2017 die Familienfreundlichkeit im Freistaat verbessern und gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum fördern. Ziel war es unter anderem, die ärztliche Versorgung in den Dörfern sicherzustellen, die Thüringer Ehrenamtsstiftung finanziell aufzuwerten, Schulen schneller mit Bundesmitteln instand zu setzen, das Berufsschulnetz in der Fläche zu erhalten und den flächendeckenden Ausbau von modernsten Glasfasernetzen schneller voranzutreiben als bisher. Damals lehnte Rot-Rot-Grün ab – das Desinteresse dieser auf Zentralisierungsideen fixierten Landesregierung am ländlichen Raum zieht sich hingegen bis heute wie ein roter Faden durch das Regierungshandeln.



Unsere Vorschläge: gut für das Land  
aber von Rot-Rot-Grün abgelehnt

## 3. Thüringens Wälder retten – Antrag zur dramatischen Lage im Forst (Drs. 6/6482)

Die Lage im Thüringer Forst ist so dramatisch wie seit 1947 nicht mehr. Der Sturm „Friederike“ sowie die langanhaltende Trockenheit und Hitze haben zu katastrophalen Zuständen geführt. Ein Großteil der Anpflanzungen und Kulturen ist vertrocknet. Die Borkenkäfer vermehren sich rasend schnell und lassen Fichtenbestände großflächig absterben. Mit einem Plenarantrag wollte die CDU-Fraktion die Landesregierung deshalb bereits im Herbst 2018 verpflichten, die finanzielle und personelle Ausstattung der Landesforstanstalt ThüringenForst zu verbessern und unverzüglich ein Investitionsprogramm zur kurzfristigen Schadensbeseitigung für alle Waldbesitzarten aufzulegen. Langfristiges Ziel ist ein konsequenter Waldumbau hin zu klimastabileren Mischwäldern. Rot-Rot-Grün hat über Monate alle

Möglichkeiten zu einer angemessenen Reaktion verstreichen lassen und muss nun hektisch nacharbeiten. Selbst die erst Mitte des Jahres beschlossenen Maßnahmen entsprechen noch nicht annähernd dem, was erforderlich ist, um dem Ausmaß der Katastrophe gerecht zu werden. Ein Soforthilfsprogramm für alle Waldbesitzarten, einen Rettungsfonds für den Thüringer Wald und eine großflächige Beschleunigung des Waldumbaus blieb Rot-Rot-Grün schuldig.

## 4. Privilegien im Baugesetz abschaffen – Antrag zur Windkraft (Drs. 6/2742)

Bürgern und Kommunen wirksamere Möglichkeiten an die Hand zu geben, um sich gegen Windräder vor der eigenen Haustür zu wehren – das war bereits Anfang 2017 das Ziel eines Antrags der CDU-Fraktion. Konkret wollte die Union im Thüringer Landtag, dass die Privilegien für Windkraftanlagen im Baugesetz-

buch abgeschafft werden, weil diese Energieform mit mittlerweile 30 000 Anlagen allein auf dem deutschen Festland den Kinderschuhen längst entwachsen ist. Diese Privilegierung gilt als entscheidende planungsrechtliche Sonderregelung, die den massiven Ausbau der Windenergie in den letzten Jahren ermöglicht hat. Gleichzeitig rückte der Antrag den Schutz der Bevölkerung vor tieffrequentem Schall, dem sogenannten Infraschall, in den Fokus. Nicht umsonst weist selbst die Weltgesundheitsorganisation auf gesundheitliche Risiken durch Windkraftanlagen hin. Die wirksamste Gegenmaßnahme ist aus Sicht der CDU-Fraktion ausreichend Abstand zur Wohnbebauung. Doch die Linkskoalition blieb damals wie heute auf ihrem Kurs, der die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung unnötig gefährdet – und lehnte ab.

## 5. Mehr Lehrer ausbilden – Entschließungsantrag zum Schulgesetz (Drs. 6/7335)



Als Gegenentwurf zum vielkritisierten Schulgesetz der Linkskoalition hatte die CDU-Fraktion ihre Vorstellungen von guter Schulpolitik in einem Entschließungsantrag formuliert. Darin wollte die Union die Ausbildungskapazitäten an den Thüringer Universitäten und Studienenseminaren deutlich erhöhen, um den Lehrerberuf an den Thüringer Schulen zu decken. Gleichzeitig sollte das Einstellungsverfahren für Lehramtsanwärter beschleunigt werden. Erfolgreiche Lehramtsstudenten in Mangelfächern sowie im Regel- und Berufsschulbereich sollten Einstellungsgarantien in den Thüringer Schuldienst gewährt werden. Ebenfalls im Forderungskatalog der CDU-Fraktion: Die Gründung eines interdisziplinären universitären Zentrums für Lehramtsstudierende mit Fächern aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich und für die Berufsschule. Diese und viele weitere Vorschläge der CDU-Fraktion, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und den Lehrerberuf attraktiver zu machen, lehnte Rot-Rot-Grün ab.

## 6. Bessere Gesetze für Thüringen – Fakultative Referenden (Drs. 6/2283 und 2541)

Die rot-rot-grüne Gebietsreform hatte es eindrucksvoll gezeigt: Es gibt in Thüringen Bedarf für ein Instrument, mit dem die Bürger wirksam Einspruch erheben können, wenn eine Parlamentsmehrheit völlig am Willen und den Wünschen der Bürger vorbei agiert. Deshalb hat die CDU-Fraktion eine Verfassungsänderung vorgeschlagen: 50 000 Wahlberechtigte sollten innerhalb von 100 Tagen einen Volksentscheid über Gesetze herbeiführen können, die der Landtag beschlossen hat. Ziel und Wesen des Vorschlags ist es jedoch nicht, den Landtag zu entmachten. Deshalb sollte das Landesparlament die Möglichkeit erhalten, Einwände der Bürger aufzunehmen und für den Volksentscheid einen geänderten Gesetzentwurf zur Abstimmung zu stellen. Ziel der Initiative war es auch, dem Politikverdrossen den Nährboden zu entziehen. Passiert ist jedoch nichts: Einem konstruktiven Dialog über den Vorschlag der CDU-Fraktion hat sich Rot-Rot-Grün konsequent verweigert.

## 7. Fördern und Fordern – Thüringer Integrationsgesetz (Drs. 6/6660)

Mit einem Thüringer Integrationsgesetz wollte die CDU-Fraktion die Integration von Migranten fördern. Der Gesetzesentwurf sah individuelle Integrationsvereinbarungen für anerkannte Flüchtlinge und verbindliche Angebote für die Sprach- und Wertevermittlung vor. Die Initiative zielte einerseits ab auf eine staatliche Integrationsförderung all derer, die längerfristig in Thüringen leben werden, forderte vom einzelnen Bleibeberechtigten aber auch den Willen zur Integration ein. In dem Gesetz wird dazu eine klare Erwartungshaltung formuliert: Respekt vor den Grundwerten der Verfassung, gesetzestreu Verhalten und den Willen zur Teilnahme am Arbeits- und gesellschaftlichen Leben. Voraussetzung für die Integration ist jedoch der Spracherwerb, den Thüringen nach dem Gesetzesentwurf bis zu sechs Jahre lang fördern soll. Schon als die Linkskoalition den Entwurf im Migrationsausschuss parkte, offenbarte sie ihre ablehnende Haltung: Geht es nach Rot-Rot-Grün, müssen selbst abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind, voll integriert werden. Das wollen wir nicht.

## 8. Öffentliche Aufträge attraktiver machen – Thüringer Vergabegesetz (Drs. 6/3076)

Bereits 2016, also lange bevor die Linkskoalition jetzt ihr eigenes, völlig überreguliertes Vergabegesetz durchs Parlament drückte, hatte die CDU-Fraktion vorgelegt: Mit einem schlanken Gesetzentwurf für die einfache, zügige und vor allem unbürokratische Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Ziel war es, ein modernes Vergabegesetz zu schaffen: Dazu hat die Union die Zahl der Paragraphen in ihrem Entwurf gegenüber dem alten Vergabegesetz deutlich reduziert, die vergabefremden Kriterien gestrichen und auf einen vergabespezifischen Mindestlohn verzichtet. Denn wegen der überbordenden bürokratischen Auflagen gelingt es vielen staatlichen Institutionen schon jetzt nicht mehr, öffentliche Aufträge zu vergeben. Statt diese Verfahren, wie von der CDU vorgeschlagen, deutlich zu entschlacken, hat die Linkskoalition die schwierige Situation mit ihrem eigenen Gesetz noch einmal deutlich verschärft.

## 9. Rechten Bands den Saft abdrehen – Thüringer Versammlungsgesetz (Drs. 6/6659)

Mit einem Versammlungsgesetz für Thüringen hat die CDU-Fraktion einen Weg aufgezeigt, den Veranstaltern von Rechtsrock-Konzerten das Handwerk zu legen. Denn bei diesen Veranstaltungen handelt es sich um eine regelrechte Gelddruck-Maschine der Neonazis. Auch zeitgeschichtlich besonders sensible Orte und Tage wie die Gedenkstätte Buchenwald oder den 27. Januar, den Holocaust-Gedenktag, wollte die CDU-Fraktion geschützt wissen. Jedoch stellte sich die Linkskoalition, die – geht es „gegen rechts“ – sonst keine Mühen scheut, gegen diese Initiative. Nicht mal in den Ausschüssen wollte Rot-Rot-Grün den CDU-Entwurf diskutieren. Wieso sich bei der Regierungskoalition zwischen Wort und Taten derartige Abgründe auftun, lässt sich nur mutmaßen. Ob es an den Entfaltungsmöglichkeiten linksautonomer Krawalldemonstranten liegt, die durch dieses Gesetz ebenfalls eingeschränkt worden wären?

## 10. Hochschulen wettbewerbsfähig halten – Thüringer Hochschulgesetz (Drs. 6/4657)

Eine behutsame Weiterentwicklung des bestehenden Hochschulgesetzes unter Maßgabe der neuen Vorgaben der Rechtsprechung – das war das Ziel eines Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion. Kern des Entwurfs war es, die Hochschulautonomie zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen zu verbessern und auf die sogenannte Zivilklausel zu verzichten, weil sie die Forschungsfreiheit der Hochschulen einschränkt. Doch auch hier hatte Rot-Rot-Grün andere Pläne: Das Gesprächsangebot der CDU über einen gemeinsamen Vorschlag für ein zukunftsfähiges Thüringer Hochschulgesetz schlug sie aus und hielt stattdessen an ihrem Entwurf fest, an dem nahezu alle im Landtag angehörten Fachleute kein gutes Haar gelassen hatten. Sachfremde ideologische Projekte wie die Beseitigung der Hochschul-Lehrermehrheit in den Senaten waren wichtiger als die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre und leistungsfähige Hochschulstrukturen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

CDU-Fraktion  
im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

### Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Dr. Karl-Eckhard Hahn

### Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

### Internet

[www.cdu-landtag.de](http://www.cdu-landtag.de)

### E-Mail

[pressestelle@cdu-landtag.de](mailto:pressestelle@cdu-landtag.de)

### Auflage

1,1 Millionen

### Fotos

Soweit nicht anders angegeben:  
CDU-Fraktion

### Karikatur

Bernhard Schauer

### Text & Fotoauswahl

Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

### Satz & Gestaltung

Leography.com

### Druck

Druckzentrum Erfurt GmbH  
Gottstedter Landstraße 6  
99092 Erfurt



# Aus der Fraktion



## Zwangsgebietsreform erfolgreich gestoppt

Die Wende kam am 9. Juni 2017. An diesem Tag kippte das Thüringer Verfassungsgericht die Kreisgebietsreform der rot-rot-grünen Landesregierung. Ein wesentlicher Grund: Die Richter sahen die parlamentarischen Rechte der Abgeordneten

in der Gesetzesberatung verletzt. Geklagt hatte die CDU-Fraktion. Mit welcher Verbissenheit Rot-Rot-Grün auf diese Zwangsgebietsreform hingearbeitet hat, zeigt sich in einem weiteren Punkt: Ein dagegen laufendes Volksbegehren versuchte

die Linkskoalition juristisch vor dem Verfassungsgericht zu stoppen – allem sonstigen direktdemokratischen Wortgeklingel zum Trotz. Politisch hatte die CDU-Landtagsfraktion von Anfang an argumentiert, dass eine Gebietsreform auf Basis der Freiwilligkeit in den Kommunen vollzogen werden müsse. Die mit ihrer Zwangsvariante gescheiterte Regierungskoalition musste schließlich auf diesen Kurs einschwenken. „Nach drei verlore-

nen Jahren“, wie CDU-Fraktionschef Mike Mohring anmerkt. Rund 350 Kommunen haben sich seitdem zu größeren Einheiten zusammenschlossen. Auf der sicheren Seite sind sie damit vielfach nicht, denn auch die größeren Kommunen haben häufig weniger als die von Rot-Rot-Grün verlangten 6000 Einwohner. Eine Bestandsgarantie, wie von der CDU gefordert, mag die Linkskoalition ihnen denn auch nicht geben.



Die Ankunft der ersten Flüchtlinge im September 2015: Für Bodo Ramelow war es damals „der schönste Tag in meinem Leben.“

## Parallelgesellschaften verhindern Zuwanderung lenken

„Auf allen Ebenen versuchen Linke und Grüne, jede sinnvolle Begrenzung der Zuwanderung zu sabotieren.“ Das ist Christian Herrgotts Bilanz auf eine Wahlperiode rot-rot-grüner Thüringer Flüchtlingspolitik. Zuletzt zeigte sich das für den migrationspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion am fehlenden Rückhalt der Thüringer Landesregierung für das Migrationspaket der Bundesregierung im Bundesrat. Das stand auf Vorschlag von SPD und CDU im Bundesrat zur Abstimmung. Es passierte zwar die Länderkammer, doch wie bei diesem Thema üblich ohne Zustimmung Thüringens. Unverständnis zeigte Herrgott vor allem für den Widerspruch gegen die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Nach dem Willen der Bundesregierung soll es leichter werden, IS-Kämpfern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie zugleich eine zweite besitzen. Außerdem soll die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse Voraussetzung für die gesetzliche Einbürgerung werden. „Die ungeteilte Loyalität zu Deutschland sollte eine selbstverständliche Erwartung an jeden sein, der Deutscher

werden will“, kritisierte Herrgott die Ablehnung von Grünen und Linke. Herrgott verweist auf ein älteres Beispiel. Da lehnte die Ramelow-Regierung die Bundes-Regelungen für den Familiennachzug ab. Nach ihren Vorstellungen hätte Deutschland den Angehörigen von bis zu 250.000 Schutzsuchenden möglichst schnell eine Einreise nach Deutschland ermöglichen sollen. „So wünschenswert das aus humanitären Erwägungen wäre, ein so weitreichendes Nachzugsrecht würde die deutsche Gesellschaft überfordern“, so Herrgott. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag setzt stattdessen auf eine doppelte Strategie: konsequente Ausreise aller, die keinen Flüchtlingsschutz genießen. Und ebenso konsequente Integration aller, die länger bleiben können. Dazu legte die Fraktion den Entwurf für ein Integrationsgesetz vor. Zentrales Instrument: individuelle Integrationsvereinbarungen. „Der Wille zur Integration, das Bekenntnis zum Grundgesetz und vor allem auch Spracherwerb gehören unbedingt dazu“, so Herrgott. Linke und Grüne lehnten den Gesetzentwurf ab.



# Aus der Fraktion



## Rot-Rot-Grün hat der Demokratie Schaden zugefügt

„Eignung, Befähigung und fachliche Leistung.“ Das sind nach dem Grundgesetz die Maßstäbe für eine Stelle im öffentlichen Dienst. Denn es soll möglichst objektiv zugehen. Umso mehr staunte die Öffentlichkeit, als der MDR im Mai 2019 folgende Geschichte aufdeckte. Bodo Ramelow's Landesregierung erarbeitete eine Studie, in der 20 000 Bedienstete anonym unter anderem nach ihrer sexuellen Orientierung, ethnischer Herkunft und Krankheits-

ten befragt werden sollten. Kosten: 312 000 Euro. Zweck der Übung: Die Studie sollte zur Grundlage der Personalentwicklung werden. „Was haben sexuelle Vorlieben in der Personalentwicklung verloren?“, fragte nicht allein der gleichstellungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Henry Worm, und fügt hinzu: „Sinn der Verwaltung ist, die öffentlichen Aufgaben nach Gesetz und Recht neutral zu erledigen, aber nicht alle möglichen Identitäten

abzubilden.“ Die Landesregierung stellte das Projekt nach öffentlichem Protest zurück. Es ist jedoch typisch für den mehr als grenzwertigen Umgang von Rot-Rot-Grün mit dem Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates.

Zu den Neuerungen gehört auch, dass die rot-rot-grüne Mehrheit erstmals in der deutschen Parlamentsgeschichte im Thüringer Landtag einen Landeshaushalt verabschiedet, der erst nach dem Ende der Wahlperiode in Kraft tritt. Die Juristen der Landtagsverwaltung warnten eindringlich: Das wichtigste Recht des neuen Landtags, das Haushaltsrecht, wird beschnitten. Rot-Rot-Grün ist das egal.

Identitätspolitik statt staatsbürgerlicher Gleichheit stand bei einem weiteren Gesetz Pate, das mitten ins Herz des demokratischen Wahlrechts trifft: Künftig sollen Parteien gezwungen werden, die Listen für die Landtagswahlen abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen. „Die Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Quote verstößt gegen die allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze, Rechte der Parteien und das Diskriminierungsverbot und damit gegen eherne Verfassungsgrundsätze“, so CDU-Innenpolitiker Jörg Kellner. Sein Fazit: „Rot-Rot-Grün hat der parlamentarischen Demokratie in Thüringen Schaden zugefügt.“



### Die wichtigsten Informationen zum politischen Geschehen jetzt als WhatsApp- oder Messenger-Nachricht

1. WhatsApp oder Facebook Messenger auf dem Smartphone installieren.
2. [www.cdu-landtag.de/messenger](http://www.cdu-landtag.de/messenger) besuchen oder den QR-Code rechts mit dem Smartphone scannen.
3. Den gewünschten Messenger auswählen.
4. Datenschutzerklärung akzeptieren und das nun erscheinende Feld auswählen.
5. Der ausgewählte Messenger öffnet sich mit einer vorgefertigten Antwort. Diese bitte abschicken.
6. Die angezeigte Nummer bei WhatsApp als Kontakt speichern.



**CDU Fraktion**  
im Thüringer Landtag

# Windenergie mit Augenmaß



©Dr. Karl-Eckhard Hahn

## Auch die Energiewende muss den Naturschutz beachten

„Wir brauchen eine Energiewende mit Augenmaß, die die Menschen und die Natur nicht zu stark belastet.“ Stefan Gruhner, energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, wirbt für einen Interessenausgleich zwischen jenen, die Windräder bauen möchten, und jenen, die davon betroffen sind. „Solche Projekte gelingen nur mit der Akzeptanz der Bevölke-

rung“, sagt Gruhner. In der Tat stehen den etwa 830 Windrädern im Freistaat 50 regionale Bürgerinitiativen gegenüber. Sie stemmen sich nicht grundsätzlich gegen die Nutzung dieser Energieform. Ihr Protest richtet sich meist gegen einzelne Standorte oder den Abstand der riesigen Rotoren zu den umliegenden Dörfern. „Anwohner erwarten

wirksame Instrumente, mit denen sie einen ausreichenden Abstand der Windräder zur Wohnbebauung durchsetzen können“, sagt Stefan Gruhner. Schließlich weise selbst die Weltgesundheitsorganisation auf gesundheitliche Risiken durch Windkraftanlagen hin. Schon im vergangenen Jahr hat die Thüringer CDU-Landtagsfraktion Anlauf genommen, den Vorrang von Windrädern im Baugesetzbuch zu streichen. Denn die dortige Privilegierung der Windenergie gilt als entscheidende planungsrechtliche Sonderregelung, die den massiven Ausbau der Windenergie in den vergangenen Jahren ermöglicht hat. Danach sind Windkraftanlagen immer dann zulässig, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Gruhner teilt die Einschätzung der rot-roten Brandenburger Landesregierung, dass die betroffenen Kommunen unter diesen Umständen selten eine Chance haben, sich gegen Windparks vor ihrer Haustür durchzusetzen. „Die Kommunen sollten endlich ein wirksames Mitentscheidungsrecht bei den Standorten für Windkraftanlagen in die Hand bekommen“, sagt Gruhner. Doch alle Argumente halfen nicht: Die rot-rot-grüne Landesregierung versagte es den betroffenen Kommunen, bei der Standortwahl künftig mitreden zu dürfen. Und auch an anderer Stelle ignoriert die Landesregierung den Rat der Experten. Laut einer Analyse von Wissenschaftlern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt werden in Deutschland während eines einzigen warmen Sommertages etwa fünf Milliarden Insekten von Windrotoren zer-

schlagen. Die Umweltverbände zeigen sich alarmiert darüber, dass das bündnisgrün geführte Umwelt- und Energieministerium massiv auf den Bau von Windrädern in Thüringens Wäldern drängt. Für Staatssekretär Olaf Möller (Grüne) – so diktierte er unlängst Medienvertretern in den Block – „ist entscheidend, die Lebensräume zu erhalten. Es geht nicht darum, wie viele Insekten getötet werden.“ Dass die Union keineswegs grundsätzlich gegen die Windkraft eingestellt ist, zeigen dabei die jüngsten Ergebnisse der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Weimar. Denn neben der Bedeutung der Windkraft als alternative Energiequelle kann gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte die Herstellung von Wasserstoff mithilfe von – etwa bei stürmischem Wetter – nicht benötigtem Windstrom eine sinnvolle Option sein. Wasserstoff gilt als eine mögliche Antriebsart der Zukunft, bei deren Nutzung kein schädliches Kohlendioxid, sondern allein Wasser anfällt. „Wir sprechen uns ausdrücklich für einen technologieoffenen Ansatz bei Antrieben und Kraftstoffen aus“, sagt etwa auch CDU-Fraktionschef Mike Mohring. Gegenwärtig lasse sich noch nicht sagen, welches zukünftig das beste Antriebskonzept sein wird, weshalb beispielsweise auch die Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie sowie weitere alternative Antriebstechniken gefördert werden müssten. Überschüssige Energie aus der Windkraft könne hierbei genutzt werden, den Wasserstoff herzustellen. „Das aber darf keinesfalls zu Lasten der Anwohner und der Umwelt gehen“, so Mohring.

Kloster- vorsteher	ugs.: ver- schwen- derisch umgehen	Sieges- pokal beim Sport	plasti- sches Bild- werk	veraltet: uner- lässlich (lat.)	Stadt in Syrien	Gesangs- paar	Strick	men- schen- ähnliches Säugetier	sich Wissen aneignen	7	Einzel- vortrag in der Musik
Tier- höhle	2	Wein- stock- schäd- ling						blut- saugen- des Insekt	10		
				Wasser- vogel	Teil des Ess- bestecks						Abwasser- leitung; Deich- schleuse
Fußspur	heftiger Zorn	be- stimmter Artikel	kaum hörbar, fast lautlos				wüst, leer	griechi- scher Liebes- gott	6		
Berliner Ortsteil	1				Ballspiel zu Pferd			Einheit des elektr. Wider- stands			Kfz- Zeichen Hildes- heim
			Teil- strecke				vertikale Aus- dehnung				
Monats- name, Brach- mond	Drall eines Balls				poetisch: Atem			afrika- nischer Strom			
<b>Lösungswort</b>											
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11											

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus einem Bluetooth-Lautsprecher, einem edlen Schreibset und einer Powerbank für das Smartphone. Einsendeschluss ist der **29. August 2019**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.\*

**E-Mail:** quiz@cdu-landtag.de oder  
**Postadresse:** CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Juli-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Messerangriff“. Zu gewinnen gab es damals zwei VIP-Karten für den Jahresempfang, ein Schreibset und eine Powerbank. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde Gerd Börner aus Marksuhl. Herzlichen Glückwunsch!

\* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter [www.cdu-landtag.de/service/datenschutz](http://www.cdu-landtag.de/service/datenschutz).